

Klaus Weigelt **Parlaments- wahlen in Ungarn**

Bürgerliche Parteien verlieren Regierungsmehrheit

■ **Gründe für die Wahlniederlage der Regierung Orbán**

Bis zur vollständigen Auswertung des endgültigen Wahlergebnisses, das am 4. Mai 2002 vom Landeswahlausschuss OVB (Országos Választási Bizottság) veröffentlicht wurde, kann es nur mehr oder weniger begründete Spekulationen über die Gründe für den Wahlsieg der Sozialisten und Liberalen oder die Wahlniederlage der bürgerlichen Parteien geben. Folgende Aspekte sind in ihrer Gesamtheit sicher für das Ergebnis verantwortlich:

Die bisherigen Regierungsparteien haben sich sehr lange auf ihre positive Bilanz und die Ergebnisse der Meinungsumfragen verlassen und in ihrer Siegesgewissheit erst sehr spät begonnen, einen entschiedenen Wahlkampf zu führen.

Die Bilanz der letzten vier Jahre kann sich durchaus sehen lassen: die 10,1 Millionen Ungarn leben in einem Land, das als Spitzenreiter unter den EU-Beitrittskandidaten angesehen wird. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ist seit Jahren überdurchschnittlich und liegt derzeit bei 3,8 Prozent, die Inflation ist auf unter sechs Prozent gesunken, ebenso die Arbeitslosigkeit. Das Leistungsbilanzdefizit ist ebenfalls rückläufig und wird für 2002 auf 1,5 Mrd. US-Dollar geschätzt. Das Haushaltsdefizit ist 2001 auf 3,4 Prozent gesunken und wird für 2002 auf 3,2 Prozent prognostiziert. Kritiker meinen indessen, dass fast alle diese Erfolge auf dem Stabilitätsprogramm der Vorgängerregierung aufbauen, das 1995 unter Finanzminister

Bei den Parlamentswahlen in Ungarn am 7. und 21. April 2002 hat es zum dritten Mal nach 1990 wieder einen Regierungswechsel gegeben. Nach einem zunächst eher lahmen Wahlkampf, der kurz vor dem ersten Wahlgang schärfere und polarisierende Elemente in die Auseinandersetzung aufnahm und sich zwischen den beiden Wahlgängen von Seiten der Verlierer FIDESZ/MDF in Massenkundgebungen steigerte, die Hunderttausende auf die Straßen und Plätze von Budapest und anderen Städten des Landes brachte, konnten auch zwei Rekordwahlbeteiligungen nichts daran ändern, dass sich Ministerpräsident Viktor Orbán schließlich, wenn auch knapp, der neuen Regierungskoalition, bestehend aus der sozialistischen MSZP und der linksliberalen SZDSZ geschlagen geben musste. Vor FIDESZ-MPP und MDF liegt nun eine Zeit der Opposition bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 2006.

Bokros aufgelegt wurde. Nach 1998 seien notwendige Reformen nicht vorgenommen worden, und jetzt lasse ein großer Rezessionsdruck auf den bisher noch gesunden makroökonomischen Fundamentaldaten.

Die vier Meinungsforschungsinstitute sahen lange Zeit unterschiedliche Wahlergebnisse voraus, es war zum Teil von einem Kopf-an-Kopf-Rennen die Rede, aber in den letzten Wochen vor dem ersten Wahlgang kristallisierte sich immer mehr die Überzeugung aller Meinungsforscher heraus, dass FIDESZ/MDF die Wahlen gewinnen würden. Deswegen war in der Wahlnacht am 7. April auch die Niederlage der Institute ein Gesprächsthema, vor allem die Gründe für ihre Fehlprognosen, die im Wesentlichen auf einer Fehleinschätzung des Wahlverhaltens des bis zuletzt hohen Anteils derjenigen Wähler beruhte, die sich geweigert hatten, ihre Wahlintention preiszugeben. Nach den demoskopischen Erkenntnissen war offenbar nicht zu prognostizieren, dass sich in dieser großen Gruppe überproportional viele MSZP-Wähler, ca. 400 000, befinden würden.

Wahlkampfszenerie

Wahrscheinlich haben gerade diese Wähler die Wahlen entschieden, abgeschreckt von einigen groben Fehlern, die nicht nur als Schönheitsfehler in der FIDESZ/MDF-Wahlkampagne eingeschätzt werden können, sondern von vielen – nicht nur aus dem linken politischen Spektrum stammenden – Kommentatoren als Ausdruck einer nicht zu übersehenden „Arroganz der Macht“ bewertet wurden. So bezeichnete der frühere FIDESZ-Vorsitzende László Köver in der letzten Parlamentssitzung der laufenden Periode die Sozialisten als „Landesverräter“ und, aufgefordert dieses zurückzunehmen und sich zu entschuldigen, meinte er, dies könne er tun, denn die Sozialisten hätten ja gar kein Vaterland. In Ungarn wurde es deswegen als sehr korrekt bewertet, dass der deutsche Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang bei einer Großveranstaltung für und mit Viktor Orbán in Győr darauf hinwies, dass er die früheren sozialistischen Ministerpräsidenten Gyula Horn und Miklós Németh für Patrioten halte.

Das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition in den Jahren 1998 bis 2002 hatte sich von Anfang an sehr konfliktreich gestaltet. Der nach 1990

■ In Ungarn wurde es als sehr korrekt bewertet, dass der deutsche Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl wenige Tage vor dem zweiten Wahlgang bei einer Großveranstaltung für und mit Viktor Orbán in Győr darauf hinwies, dass er die früheren sozialistischen Ministerpräsidenten Gyula Horn und Miklós Németh für Patrioten halte.

und 1994 in wichtigen Fragen übliche Konsens zwischen Regierung und Opposition wurde von der Orbán-Regierung aufgekündigt, das Parlament in seinen Rechten zunehmend geschmälert. Vor allem litten die Beziehungen zwischen der Orbán-Regierung und dem beliebten Oberbürgermeister Gábor Demszky (SZDSZ) in Budapest unter erheblichen Spannungen: die von der Horn-Regierung noch geplante zusätzliche Metro-Linie wurde nicht gebaut, das für das Zentrum der Stadt vorgesehene Theatergebäude wurde im Süden an der Donau errichtet, und das Klima zwischen Landes- und Stadtregierung war insgesamt für alle Bürger erkennbar schlecht. So ist es nicht verwunderlich, dass schließlich in Budapest von 32 Wahlkreisen 28 an MSZP/SZDSZ gingen und nur vier in Buda gelegene Wahlkreise von FIDESZ/MDF gewonnen werden konnten.

MSZP hatte vor einem Jahr ziemlich ratlos an einer Wahlstrategie gearbeitet, um Profil gegenüber einer Regierung zu gewinnen, die wichtige Themen der Sozialdemokraten (z.B. Familienförderung, Wohnkredite) besetzt hatte, um sich gegen die eher liberale Politik der Horn-Regierung abzusetzen. Außerdem brauchte MSZP lange Zeit, bis man sich auf den parteilosen Kandidaten Péter Medgyessy einigen konnte. FIDESZ-MPP und MDF begnügten sich demgegenüber mit einer täglich über Fernsehspots vermittelten Darstellung der Regierungsarbeit, vor allem des Szécheny-Planes und seiner Vorzüge für die Bevölkerung, und förderten damit die Identifizierung von Partei- und Regierungsarbeit. MSZP antwortete darauf mit einer Art Negativkampagne, änderte aber drei Monate vor den Wahlen diese Strategie und griff die Regierung wegen des Vertrages mit Rumänien über die Anwendung des Statusgesetzes an mit der Behauptung, jetzt drohe eine massenhafte Suche von Rumänen nach Arbeitsplätzen in Ungarn, weil die Regierung ihnen die gleichen Rechte eingeräumt habe wie den ca. zwei Millionen in Rumänien lebenden Ungarn. Außerdem, und das war dann für die Wähler vollends verwirrend, begann die Opposition, den Wahlversprechungen der Regierung eigene Wahlausagen gegenüber zu stellen mit der Folge, dass eine Art Wahlkampfauktion entstand, die in schließlich unfinanzierbaren Plänen gipfelte, die von zahlreichen Wissenschaftlern als unseriös kritisiert wurden.

■ **MSZP hatte vor einem Jahr ziemlich ratlos an einer Wahlstrategie gearbeitet, um Profil gegenüber einer Regierung zu gewinnen, die wichtige Themen der Sozialdemokraten besetzt hatte, um sich gegen die eher liberale Politik der Horn-Regierung abzusetzen.**

Verlust von Koalitionspartnern für FIDESZ/MDF

Ein weiterer Grund für die Wahlniederlage ist in der Tatsache zu sehen, dass für die derzeitigen Regierungsparteien schließlich keine Koalitionspartner mehr vorhanden waren. Die Kleinen Landwirte hatten sich durch ihren Vorsitzenden József Torgyán politisch ins Abseits manövriert, durchlebten mehrere Abspaltungen und landeten bei weniger als einem Prozent – eine Katastrophe für diese traditionsreiche Partei. Dank FIDESZ sind sie im neuen Parlament wenigstens mit 12 Abgeordneten innerhalb deren Fraktion vertreten. Auch die Christlichen Demokraten wurden von FIDESZ aufgesogen und tauchen nur noch in Spurenelementen in der Fraktion auf. Einige entschiedene Gegner der Orbán'schen Integrationspolitik gründeten einige Monate vor der Wahl eine eigene Partei, das Centrum unter dem früheren Minister in der Antall-Regierung Mihály Kupa, und erreichten fast vier Prozent der Stimmen, die sicher ebenfalls maßgeblich zum Verlust der Regierungsmehrheit beigetragen haben.

Das Ungarische Demokratische Forum MDF – Regierungspartei von 1990 bis 1994 – wäre wieder, wie schon 1998, nicht ins neue Parlament gekommen, wenn es nicht im Sommer 2001 ein Wahlbündnis mit FIDESZ-MPP eingegangen wäre. So ist es jetzt möglich geworden, mit 24 Abgeordneten eine eigene Fraktion im Parlament zu bilden und zusammen mit FIDESZ eine starke Opposition bis 2006 zu vereinbaren.

Die rechte Flanke – ein bleibendes Problem

■ **Die schwierigste Frage, vor die sich FIDESZ gestellt sah, die Integration von Wählern des rechten Spektrums, wurde durch die Existenz der rechtsradikalen MIÉP zu einem existenziellen Problem.**

Die schwierigste Frage, vor die sich FIDESZ gestellt sah, die Integration von Wählern des rechten Spektrums, wurde durch die Existenz der rechtsradikalen MIÉP zu einem existenziellen Problem. Zwischen der Skylla, eine rechtsradikale Partei im Parlament zu haben, ohne mit ihr koalieren zu können, und der Charybdis, diese Perspektive durch riskante Manöver zu vermeiden, hat FIDESZ den vor der Wahl auch im Ausland vielkritisierten Weg beschritten, MIÉP kaum zu kritisieren, teilweise aber deren Argumentation zu übernehmen. Dadurch ist es tatsächlich gelungen, MIÉP aus dem Parlament fern zu halten. Das ist allgemein als ein sehr positives Ergebnis der Wahlen in Ungarn bewertet worden. Die hohe Wahlbeteiligung machte den Einzug unmöglich, denn die Stammwähler-

schaft von MIÉP in absoluten Zahlen gleicht der von 1998. Der Preis für FIDESZ war indessen hoch: die Rechtsverschiebung öffnete eine Lücke in der Mitte, durch die SZDSZ ins Parlament schlüpfen konnte. Durch diese Konsequenz ist die entscheidende Frage, wie man mit dem rechten politischen Flügel umgehen soll, nicht beantwortet. Denn der EU-Beitritt Ungarns wird MIÉP neue nationalistische Themenfelder eröffnen, so dass mit weiteren Herausforderungen von dieser Seite in der Zukunft zu rechnen ist.

■ **Wahlbeteiligung**

Das Wahlergebnis ist schon von der Wahlbeteiligung her bemerkenswert. Noch nie ist ein so hoher Prozentsatz der ungarischen Bevölkerung in beiden Wahlgängen zur Wahl gegangen. Das ist – trotz aller Polarisierung im Wahlkampf – ein Zeichen demokratischer Reife. Die folgenden Angaben geben die jeweilige Beteiligung in Prozent wieder:

	1. Wahlgang:	2. Wahlgang:
1990:	65,09	45,54
1994:	68,92	55,12
1998:	56,26	57,01
2002:	71,03	73,39

■ **Tendenz zum Zwei-Parteien-System**

Eine weitere Besonderheit ist die erkennbare Entwicklung zum Zwei-Parteien-System in Ungarn. In den ersten drei Parlamenten nach 1990 gab es jeweils sechs Parteien. Jetzt sind es de facto drei, die eigenständig ins Parlament gelangt sind, aber beherrscht wird es durch die beiden großen Fraktionen von MSZP (178) und FIDESZ (164). Der Anteil der beiden größten Parteien im Parlament ist seit 1990 ständig gewachsen:

1990: 46,12 Prozent
 1994: 52,73 Prozent
 1998: 60,43 Prozent
 2002: 83,14 Prozent

Diese Tendenz wird dadurch ergänzt, dass der Abstand zwischen Regierung und Opposition, gemessen in der Anzahl von Parlamentsabgeordneten, kleiner wird:

1990:	81
1994:	173
1998:	41
2002:	10

Trotz dieser Entscheidung der ungarischen Wahlbürger kann man diese Tendenzen noch nicht mit der Lage in den USA oder Großbritannien vergleichen. Von der Selbstverständlichkeit, mit der dort die eigene Entscheidung für die eine oder andere Partei bekannt und kommentiert wird, ist man in Ungarn noch sehr weit entfernt. Das zeigt auch das Verhalten der versteckten MSZP-Wähler vor der Wahl. Damit ist erkennbar, dass trotz des Wahlsieges die MSZP von den ungarischen Wahlbürgern noch nicht als eine normale sozialdemokratische Partei bewertet wird. Was nicht bedeutet, dass MSZP nach dem eigenen Selbstverständnis und in der internationalen Sicht nicht schon längst eine solche Partei ist.

Vergleichbares gilt für FIDESZ-MPP und MDF. Beide sind Mitglieder der EVP und werden 2004 wahrscheinlich Abgeordnete in die EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments entsenden. Aus der Sicht ungarischer Wähler haben jedoch beide Parteien noch nicht den Ruf überzeugender christlich-demokratischer Parteien oder gar Volksparteien gewinnen können. Hier wird eine der Hauptaufgaben beider Parteien in der vor ihnen liegenden Oppositionszeit liegen, während eine andere Aufgabe, der Generationswechsel, bereits bewältigt wurde. FIDESZ-MPP und MDF sind junge Parteien; beide sind auch von überwiegend jungen Menschen gewählt worden. Diese Tatsache eröffnet Hoffnungen für ein zukünftig besseres Abschneiden in den Städten, die bisher noch die Domäne der Sozialisten sind, die ihren Generationswechsel noch vor sich haben und auch die neue Regierung überwiegend aus alten Kadern bilden werden.

■ **FIDESZ-MPP und MDF sind junge Parteien; beide sind auch von überwiegend jungen Menschen gewählt worden. Diese Tatsache eröffnet Hoffnungen für ein zukünftig besseres Abschneiden in den Städten, die bisher noch die Domäne der Sozialisten sind, die ihren Generationswechsel noch vor sich haben und auch die neue Regierung überwiegend aus alten Kadern bilden werden.**

■ Die Wahlen im einzelnen

Am 19. März 2002 war die Einschreibfrist für die Parteien, die sich an den Wahlen am 7. und 21. April 2002 zum Ungarischen Parlament beteiligen wollten, bei

der Országos Választási Bizottság (OVB, Landeswahlkommission) abgelaufen. Nach dem ungarischen Wahlrecht waren die Direktkandidaten der Parteien (Voraussetzung: 750 Unterschriften je Kandidat von Wahlberechtigten aus dem Wahlkreis, in dem der Kandidat aufgestellt werden soll), die Komitatslisten (über sie kommen bis zu 152 Abgeordnete ins Parlament) und die Landeslisten (jede Partei, die in mindestens sieben Komitaten eine Gebietsliste aufstellt, ist berechtigt, eine Landesliste aufzustellen; über die Landeslisten werden 58 Kandidaten gewählt, zuzüglich einer je nach Auszählung unterschiedlich hohen Anzahl von sogenannten Kompensationsmandaten) zu melden.

Die 176 Wahlkreise verteilen sich auf die 20 Komitate einschließlich der Verteilung der Direktmandate wie folgt:

	Direktmandate	FIDESZ/MDF	MSZP	SZDSZ
1. Budapest	32	4	27	1
2. Baranya	7	3	4	0
3. Bács-Kiskun	10	10	0	0
4. Békés	7	4	3	0
5. Borsod-Abaúj-Zemplén	13	4	9	0
6. Csongrád	7	5	2	0
7. Fejér	7	4	3	0
8. Győr-Moson-Sopron	7	6	1	0
9. Hajdú-Bihar	9	9	0	0
10. Heves	6	0	6	0
11. Jász-Nagykun-Szolnok	8	2	6	0
12. Komárom-Esztergom	5	0	5	0
13. Nógrád	4	2	2	0
14. Pest	16	11	4	1
15. Somogy	6	5	1	0
16. Szabolcs-Szatmár-Bereg	10	8	2	0
17. Tolna	5	4	1	0
18. Vas	5	4	0	1
19. Veszprém	7	6	1	0
20. Zala	5	4	1	0
	176	95	78	3

Die Ausgangslage für die Wahlen:

1. Direktkandidaten wurden von folgenden Parteien gemeldet (Ergebnisse s.o.):

– Fidesz-MDF (Ungarische Volkspartei)	176
– MIÉP (Ungarische Partei für Wahrheit und Leben)	176
– SZDSZ (Freiheitlich-Demokratische Allianz)	174
– MSZP (Ungarische Sozialistische Partei)	170
– Munkáspárt (Arbeiterpartei)	147
– Független Kisgazdapárt (Unabh. Partei der Kleinen Landwirte)	145
– Centrum párt (Zentrumspartei)	126
– Új Baloldal (Neue Linke)	6
– Reform Kisgazdapárt (Reformpartei der Kleinen Landwirte)	15
– Kisgazdapárt (Kleine Landwirte Partei)	14

Weitere Kandidaten – insgesamt 16 – wurden von sechs kleineren Parteien aufgestellt.

2. Komitatslisten wurden von folgenden Parteien aufgestellt:

– Fidesz-MDF	20
– MIÉP	20
– SZDSZ	20
– MSZP	20
– Munkáspárt	20
– Független Kisgazdapárt	20
– Centrum párt	20
– Új Baloldal	7
– Reform Kisgazdapárt	4
– Kisgazdapárt	3

Weitere drei Listen wurden von kleineren Parteien aufgestellt.

Insgesamt wurden 140 Mandate aus den Listen ermittelt, die übrigen zwölf zur Verteilung über die Landesliste weitergeleitet. Die folgende Übersicht zeigt die regionale Verteilung:

	FIDESZ/MDF	MSZP	SZDSZ
Budapest	9	13	3
Baranya	3	3	0
Bács-Kiskun	4	3	0
Békés	3	3	0
Borsod-Abaúj-Zemplén	4	6	0
Csongrád	3	3	0
Fejér	3	3	0
Győr-Moson-Sopron	3	2	0
Hajdú-Bihar	4	3	0
Heves	2	3	0
Jász-Nagykun-Szolnok	2	3	0
Komárom-Esztergom	2	3	0
Nógrád	2	2	0
Pest	6	6	1
Somogy	2	2	0
Szabolcs-Szatmár-Bereg	4	4	0
Tolna	2	2	0
Vas	3	1	0
Veszprém	3	2	0
Zala	3	2	0
	67	69	4

3. Landeslisten wurden von den unter 2. genannten ersten acht Parteien gemeldet. Spitzenkandidaten waren für Fidesz-MDF Ministerpräsident Dr. Viktor Orbán und für die größte Oppositionspartei MSZP der (parteilose) Unternehmer Dr. Péter Medgyessy. Weitere über die ungarischen Landesgrenzen hinaus bekannte Spitzenkandidaten waren für MIÉP der in letzter Zeit stark wegen seiner antisemitischen Äußerungen kritisierte István Csurka und für die Unabhängigen Kleinen Landwirte Dr. József Torgyán.

Über die Landeslisten wurden die 58 vorgesehenen plus zwölf aus den Komitatslisten verbleibenden, also 70 Mandate vergeben, die sich wie folgt verteilen: FIDESZ/MDF erhielten 26 (nach dem internen Abkommen zwischen den beiden Parteien entfallen davon 13 auf FIDESZ-MPP und 13 auf MDF), MSZP 31 und SZDSZ 13 Mandate.

■ Die wichtigsten Parteien

FIDESZ-MPP: der Bund Junger Demokraten – Ungarische Bürgerpartei entstand 1988 aus einer Gruppe junger oppositioneller Intellektueller als eine Partei der Jugend mit einer Altersbegrenzung von 35 Jahren. In ihrer liberalen Ausrichtung stand sie dem ebenfalls in dieser Zeit entstandenen SZDSZ nahe, was heute nicht mehr der Fall ist. 1990 erreichte FIDESZ weniger als neun Prozent und stand in der Opposition sowohl dem regierenden MDF als auch den Sozialisten kritisch gegenüber. Nachdem die Jungdemokraten 1994 nur noch sieben Prozent der Stimmen erhielten, leitete Viktor Orbán die Transformation der Partei ein in Richtung auf eine Volkspartei der rechten Mitte und als Sammelbecken für das zerfallende MDF, die Christlichen Demokraten und in letzter Zeit auch die Kleinlandwirte. Dieser Veränderung fiel auch die Altersbegrenzung zum Opfer. Ursprünglich Mitglied der Liberalen Internationale, vollzog FIDESZ nach dem Wahlsieg 1998 auch den Anschluss an die Europäische Volkspartei EVP, setzte sich zunehmend für die Ungarn in den Nachbarstaaten ein und suchte die Zusammenarbeit mit den Kirchen. Bei klar erkennbaren nationalen Untertönen steht die Partei eindeutig für die Prinzipien der NATO ein und arbeitet im Sinne der Europäischen Integration. Diese Politik wird auch die Oppositionszeit bestimmen.

MDF: das Ungarische Demokratische Forum hat nach seinem großen Wahlsieg 1990 und der Bildung der ersten demokratischen Regierung Ungarns nach der Wende unter József Antall nie wieder an diese historische Rolle anknüpfen können. Nach Antalls Tod 1993 fiel die Partei in die Bedeutungslosigkeit und konnte 1998 wie auch 2002 nur durch die Unterstützung von FIDESZ-MPP ins Parlament gelangen. Nach den Wahlen wird es mit 24 Abgeordneten eine eigene Fraktion im Parlament bilden und als Oppositionspartei mit FIDESZ-MPP zusammenarbeiten. Das MDF wird dabei die Aufgabe haben, als christlich-demokratisches Gewissen des Bündnisses zu dienen.

MSZP: die Sozialistische Partei Ungarns, Nachfolgerin der einstigen Staatspartei, sieht sich heute auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft und des demokratischen Pluralismus. Ihr Anfang nach der Wende

– nur etwa fünf Prozent ihrer Mitglieder blieben der 1989 neugegründeten Partei treu – spielte sich in einer Art politischem Getto ab. Der überwältigende Wahlsieg 1994 war überraschend und vor allem der Enttäuschung über die Belastungen der Anfangszeit nach 1989 zuzuschreiben. MSZP verschrieb sich dann aber nach 1995 selbst einer monetaristischen Sparpolitik, die große Opfer von der Bevölkerung verlangte, und bezahlte diese Politik mit der Niederlage in den Wahlen 1998. Daraus hat man die Lehren gezogen und in diesem Wahlkampf eine „soziale Wende“ versprochen, vor allem für die Verlierer der Transformationspolitik, die sozial Schwachen und die Landwirtschaft. MSZP versteht sich als Volkspartei der linken Mitte und setzt sich für die Integration Ungarns in der NATO und der EU ein.

SZDSZ: der Bund freier Demokraten geht auf eine kleine Gruppe liberaler Oppositioneller in den 80er Jahren zurück. Bei den Wahlen von 1994 erreichte die Partei mit fast 20 Prozent ihren bisherigen Höhepunkt, verlor aber durch ihre Entscheidung, eine Koalition mit MSZP einzugehen, viele Anhänger und erreichte 1998 nur noch 7,5 Prozent. Ihr Vorsitzender und Spitzenkandidat Gábor Kuncze war Innenminister in der Horn-Regierung. Die heute links-liberale Partei ist nach den Wahlen – wenngleich auch nur mit 5,57 Prozent – in einer ungleich stärkeren Position gegenüber MSZP als 1994. Damals konnte MSZP auch ohne SZDSZ regieren, heute sind beide Parteien für die Regierungszeit bis 2006 aufeinander angewiesen.

MIÉP: diese rechtspopulistische Partei der ungarischen Wahrheit und des Lebens und ihr Spitzenkandidat István Csurka wurden während des Wahlkampfes über die Landesgrenzen hinaus bekannt wegen ihrer nationalistischen und offen antisemitischen Parolen. Csurka war einer der stellvertretenden Vorsitzenden des MDF, wurde aber 1993 aus der Partei ausgeschlossen. Die Partei erreichte 1998 mit Hilfe einer Reihe von Protestwählern 5,47 Prozent und gelangte so ins Parlament. Heute fühlen sich auch junge Leute und Wohlstandsbürger von den USA-kritischen und gegen die NATO und die EU gerichteten Vorbehalten der MIÉP angezogen. Dennoch gelang diesmal der Einzug ins Parlament nicht; mit 4,37 Prozent scheiterte die Partei an der Fünf-Prozent-Klausel.

Centrum: diese Partei wurde erst 2001 von bürgerlichen Politikern gegründet, die überwiegend aus dem früheren MDF stammen. Ihr Spitzenkandidat, Mihály Kupa, war Finanzminister in der Antall-Regierung. Die Vorsitzende, Erzsébet Pusztai, war bis 2000 Staatssekretärin in der FIDESZ-Regierung, musste aber wegen eigener politischer Ambitionen gehen. Das Centrum ist mit 3,9 Prozent zwar an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert, hat aber der Regierungskoalition großen Schaden zugefügt.

FKGP: die traditionsreiche Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte konnte nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Wahlsieg erringen und die Regierung in Ungarn bis zu ihrer Zerschlagung durch die Kommunisten im Jahre 1948 führen. Nach 1989/90 gelang es dem populistischen Budapester Anwalt József Torgyán, die Partei zu übernehmen und sich diese unterzuordnen. In der FIDESZ-Regierung nach 1998 übernahm er das Agrarministerium, dessen Leitung er jedoch nach einigen Finanz- und Korruptionsskandalen abgeben musste. Die Partei zerfiel durch einige Abspaltungen und erhielt bei den Wahlen eine vernichtende Quittung: nur 0,75 Prozent der Wähler – etwas mehr als 40 000 – fanden sich bereit, FKGP zu wählen.

Munkáspárt: eine linke Arbeiterpartei, die vor allem ältere Bürger anspricht, die sich noch den früheren Idealen aus kommunistischer Zeit verbunden fühlen. Wie auch in den vorhergehenden Wahlen, hatte Munkáspárt auch dieses Mal mit 2,16 Prozent nur geringen Zulauf.

■ Der erste Wahlgang am 7. April 2002

Der Wähler hat nach dem ungarischen Wahlrecht im ersten Wahlgang zwei Stimmen: eine für den Direktkandidaten und eine für die von ihm ausgewählte Partei (vgl. auch die Übersicht im Anhang). Für die Direktwahl standen pro Wahlkreis durchschnittlich sieben Kandidaten zur Auswahl. Deswegen ging man davon aus, dass am 7. April wie auch bei früheren Wahlen nur wenige Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit von über 50 Prozent erreichen und die größere Anzahl der Abgeordneten erst am 21. April, wenn der Wähler nur noch eine Stimme hat, mit der dann notwendigen einfachen Mehrheit gewählt wird. 1990 gelang es fünf Kandidaten, 1994

zwei und 1998 nur einem Kandidaten, im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit zu erreichen. Eine große Überraschung war es deswegen, dass bei diesen Wahlen nach dem ersten Wahlgang nicht weniger als 45 Kandidaten bereits für den Einzug ins Parlament feststanden.

Am 7. April waren 8,1 Mio. Ungarn aufgerufen, zum vierten Mal (nach 1990, 1994 und 1998) an freien, gleichen und geheimen Wahlen zum Ungarischen Parlament teilzunehmen. Von den Wählern waren 517 000 Erstwähler. Wahlforscher gehen jedoch davon aus, dass sich von diesen nur etwa 300 000 an den Wahlen beteiligten, insgesamt aber wahrscheinlich eine Million Wähler sich entweder zum ersten Mal an Wahlen beteiligten oder mindestens einmal ausgesetzt haben, aber dieses Mal wieder zur Wahl gegangen sind.

Insgesamt wurden 5 514 Kandidaten für die 386 Parlamentssitze angegeben: Für die 176 Direktmandate bewarben sich 1 244 Kandidaten aus 16 Parteien. Über die Komitatslisten bewarben sich 3 080 Kandidaten für 152 Mandate und über die Landeslisten 1 190 Kandidaten für 58 Mandate. Die Kandidatenangaben enthalten Doppelzählungen.

Die Wahlberechtigten konnten ihre Stimme von 6 bis 19 Uhr in 10 843 Wahlbüros landesweit abgeben, in denen ca. 95 000 ehrenamtliche Wahlhelfer tätig waren. 110 internationale Wahlbeobachter und 170 akkreditierte internationale sowie 360 ungarische Journalisten beobachteten die Wahlen, die ohne besondere Vorfälle in ruhiger Atmosphäre bei sehr gutem Frühlingswetter stattfanden.

Zur Beruhigung des zum Schluss recht polarisierten Wahlkampfes hatten sicher zwei Fernsehdiskussionen beigetragen zwischen den beiden Parteivorsitzenden László Kovács (MSZP) und Zoltán Pokorni (FIDESZ) am 4. April und zwischen den beiden Spitzenkandidaten Viktor Orbán und Péter Medgyessy am 5. April. Orbán bezeichnete diese beiden Diskussionen in der erwähnten Pressekonferenz als „nützlich“.

Als Viktor Orbán am 7. April um 23.30 Uhr (mit vier weiteren Persönlichkeiten, s.u.) vor seine Partei trat, herrschte unter dem überwiegend jungen, weit über tausend Menschen zählenden Publikum in der Budapester Millenniumshalle fast eine Art Siegesstimmung, obwohl die Zahlen inzwischen – nach anfäng-

■ Zur Beruhigung des zum Schluss recht polarisierten Wahlkampfes hatten sicher zwei Fernsehdiskussionen beigetragen zwischen den beiden Parteivorsitzenden László Kovács (MSZP) und Zoltán Pokorni (FIDESZ) am 4. April und zwischen den beiden Spitzenkandidaten Viktor Orbán und Péter Medgyessy am 5. April.

lich hoffnungsvoller Entwicklung – eine ernüchternde Wende genommen hatten:

- MSZP 42,05 Prozent
- FIDESZ/MDF 41,07 Prozent
- SZDSZ 5,57 Prozent

Die positive Seite dieses Ergebnisses war sofort erkennbar: MIÉP (4,37 Prozent) würde nicht ins Parlament kommen, weil diese Partei die fünf Prozent-Hürde nicht überwinden konnte; das galt auch für die Kleinen Landwirte (0,75 Prozent) und ihre beiden Abspaltungen, sowie für alle anderen Kleinparteien, von denen nur das Centrum (3,9 Prozent) und die Munkáspárt (2,16 Prozent) noch erkennbare Werte erzielten. Im ungarischen Parlament würden also nur die oben erwähnten drei Parteien vertreten sein; die Tendenz zum Zwei-Parteien-System war unübersehbar: lange Zeit sah es während des Wahlabends so aus, als würden nur die beiden großen Parteien ins Parlament einziehen.

Von den 45 Direktmandaten des ersten Wahlgangs konnte MSZP 25 Mandate gewinnen, FIDESZ/MDF 20. Im zweiten Wahlgang am 21. April waren also noch 131 Mandate zu vergeben, fast ein Drittel aller Sitze im Parlament. MSZP hatte 72 zweite Plätze und FIDESZ 100. Dafür aber hatte SZDSZ 103 dritte Plätze und konnte gegebenenfalls den Ausschlag für den MSZP-Kandidaten geben.

Die Lage war für FIDESZ/MDF schwierig, aber noch nicht ganz hoffnungslos. Viktor Orbán wies in seiner Rede an die beiden Parteien darauf hin, dass noch nie in der Geschichte Ungarns über 2,3 Mio. Wähler für bürgerliche Parteien gestimmt hätten, seit den letzten Wahlen ein Plus von fast neun Prozent. MSZP jedoch hatte 9,2 Prozent zugelegt und 2,36 Mio. Wähler für sich gewinnen können. Orbán setzte deswegen auf den zweiten Wahlgang. In der Pressekonferenz am 8. April um 00.25 Uhr (mit Ibolya David, MDF, Zoltán Pokorni, FIDESZ, Florián Farkas, LUNGODROM – ein Vertreter der Roma – und Péter Harrach, MKDSZ) sagte er, dass er für den zweiten Wahlgang keine Verhandlungen mit Parteien führen werde, weil die Wahlen von den Bürgern entschieden würden. Das Eingeständnis einer Wahlniederlage war dem Ministerpräsidenten zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu entlocken: zwei Wochen harte Arbeit lagen noch vor dem endgültigen Wahlergebnis.

■ In der Pressekonferenz am 8. April um 00.25 Uhr sagte Orbán, dass er für den zweiten Wahlgang keine Verhandlungen mit Parteien führen werde, weil die Wahlen von den Bürgern entschieden würden. Das Eingeständnis einer Wahlniederlage war dem Ministerpräsidenten zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu entlocken: zwei Wochen harte Arbeit lagen noch vor dem endgültigen Wahlergebnis.

**■ FIDESZ/MDF gewinnen
den zweiten Wahlgang,
aber MSZP/SZDSZ
gewinnen die Wahlen**

In einem beispiellosen Wahlkampf während der letzten beiden Wochen, in denen es den Regierungsparteien FIDESZ/MDF mit Regierungschef Viktor Orbán gelungen war, Hunderttausende von Menschen landesweit auf die Straßen und Plätze Budapests und anderer Städte und Dörfer zu bringen, konnte das Parteienbündnis am 21. April 2002 zwar als stärkste politische Kraft aus den Wahlen hervorgehen, unterlag aber der Koalition aus MSZP und SZDSZ. Diese letzte heiße Phase des Wahlkampfes hatte zur Folge, dass die Wahlbeteiligung noch einmal um mehr als zwei Prozent stieg und die Rekordhöhe von 73,4 Prozent erreichte. Der überraschende Verlust des ersten Wahlgangs, vor allem die hohen Verluste in Budapest, konnten durch den unerwartet hohen, aber schließlich doch nicht ausreichenden Erfolg im zweiten Wahlgang nicht ausgeglichen werden. Die Situation

	Direkt	Komitatsliste	Landesliste	Gesamt
FIDESZ/MDF	95	67	26	188
MSZP	78	69	31	178
SZDSZ	2	4	13	19
MSZP/SZDSZ	10	0	1	

am Abend des 21. April 2002, die sich danach auch nicht mehr änderte, stellte sich wie folgt dar: Dieses Ergebnis wurde auch am 4. Mai 2002 als endgültig vom Landeswahlausschuss bestätigt. Demnach erzielten FIDESZ/MDF 48,7 Prozent der Parlamentssitze, MSZP 46,11 Prozent, SZDSZ 4,92 Prozent und der Gemeinschaftskandidat von MSZP/SZDSZ aus dem Komitat Vas 0,26 Prozent.

Von den 131 im zweiten Wahlgang noch zu wählenden Direktkandidaten konnten FIDESZ/MDF 75 gewinnen (zehn mehr als die günstigsten Prognosen nach dem ersten Wahlgang erwarten ließen). MSZP gewann 54 Wahlkreise und SZDSZ zwei. Da die Ergebnisse in einer Reihe von Wahlkreisen sehr knapp waren – in einem Wahlkreis wurde der MSZP-Kandi-

dat mit fünf Stimmen Mehrheit gewählt – konnte man auf das Ergebnis der Kontrollauszählungen gespannt sein, die das ungarische Wahlgesetz für Ergebnisse vorschreibt, die unter einem Prozent Differenz aufweisen. Sie ergab in dem erwähnten Wahlkreis schließlich ein Plus von zwei Stimmen für den MSZP-Kandidaten bei insgesamt über 32 000 gültigen Stimmen. Außerdem gab es eine Fülle von Einsprüchen, mit denen sich der Landeswahlausschuss und der Oberste Gerichtshof Ungarns tagelang nach den Wahlen zu beschäftigen hatten.

Tausende von FIDESZ/MDF-Anhängern, überwiegend junge Menschen, hatten sich am Abend wieder im Millenniumspark versammelt und verfolgten mit Jubel die eintreffenden Ergebnisse aus dem ganzen Land. Dass im Endeffekt die Mehrheit in sechs Wahlkreisen fehlten, um an der Regierung zu bleiben, wurde mit Trauer und Betroffenheit registriert. Diesmal trat zunächst die MDF-Vorsitzende Ibolya David vor die Öffentlichkeit, gefolgt vom FIDESZ-Vorsitzenden Pokorni. Beide sprachen in ruhiger Tonlage und bemühten sich behutsam, ihre Anhängerschaft auf die bevorstehende Oppositionszeit vorzubereiten. Die Frage, ob man eine gemeinsame oder zwei Fraktionen im Parlament bilden werde, wurde erst in den folgenden Tagen entschieden.

Viktor Orbán, der minutenlang von seinen Fans gefeiert wurde, bevor er das Wort ergreifen konnte, wies darauf hin, dass die Wahlen in Budapest verloren gegangen seien und dankte den vielen Wählern im Land, vor allem den Kleinen Landwirten, ohne die der Erfolg im zweiten Wahlgang nicht denkbar gewesen wäre. Nach einer kurzen Darstellung der Erfolge seiner Regierung, auf die alle stolz sein könnten, hob er die Bedeutung der starken bürgerlichen Mitte hervor, zu der FIDESZ/MDF geworden sei. Die Einheit dieser Mitte gelte es zu erhalten, auch in einer starken Opposition. Er habe dem Kandidaten des MSZP, Péter Medgyessy, telefonisch zu seinem Wahlsieg gratuliert, aber er werde für seine Werte und Ziele weiterkämpfen, auch wenn ihm das Instrument der Regierung jetzt aus der Hand geschlagen werde. Dazu sei er den zweieinhalb Millionen Wählern gegenüber verpflichtet, die FIDESZ/MDF ihre Stimme gegeben hätten. Er sei auch nicht, wie Medgyessy sein Ziel formuliert hatte, für zehn Millionen Ungarn als Regierungschef

zuständig gewesen, sondern für 15 Millionen, schloss er unter dem starken Beifall seiner Anhänger, die anschließend die ungarische Nationalhymne anstimmten.

Der Hinweis auf die 15 Millionen Ungarn ist weder eine Zahlenspielerei, noch eine nationalistische Attitüde, wie sie oft im Ausland kritisiert wird. Ungarn ist seit den Pariser Vorortverträgen – insbesondere dem Vertrag von Trianon – von Ungarn umgeben. Die bedeutendsten Minderheiten leben in Rumänien (etwa zwei Millionen) und der Slowakei (ca. 600 000). Ungarn leben darüber hinaus in der Ukraine, in der Voivodina (Serbien), in Kroatien und Slowenien. Alle außerhalb Ungarns lebenden Ungarn halten eine feste Verbindung mit dem Mutterland, und für Ungarn ist dieses Thema ein innenpolitisches Anliegen, was oft im Ausland missverstanden wird, vor allem, nachdem Ungarn – wie vorher schon die Slowakei und Rumänien – auch ein Statusgesetz verabschiedete (am 1.1.2002 in Kraft getreten), das diesen Minderheiten bestimmte Rechte im Mutterland einräumt. Auch die neue Regierung wird nicht daran vorbeikommen, dieses Thema als politische Priorität zu behandeln.

■ **Ungarn ist seit den Pariser Vorortverträgen – insbesondere dem Vertrag von Trianon – von Ungarn umgeben. Die bedeutendsten Minderheiten leben in Rumänien (etwa zwei Millionen) und der Slowakei (ca. 600000). Ungarn leben darüber hinaus in der Ukraine, in der Voivodina (Serbien), in Kroatien und Slowenien.**

■ Probleme mit dem Wahlrecht

Nach den Wahlen kam es wegen der Nachzählungen und der insgesamt 56 Reklamationen, die bei der Landeswahlkommission eingereicht wurden, zu intensiven Diskussionen in Presse, Funk und Fernsehen. Die dadurch verbreitete Unruhe konnte aber am endgültigen Ergebnis der Wahlen nichts mehr ändern. Die Auseinandersetzungen zeigten aber, dass auch die Ungarn mit ihrem komplizierten Wahlrecht ihre Probleme haben. Das ungarische Wahlrecht sieht vor, dass im ersten Wahlgang mit der zweiten Stimme die Prozentanteile festgelegt werden, die auf die einzelnen Parteien entfallen. Die nicht zum Zuge kommenden Erststimmen, also diejenigen, die nicht zu einem Mandat führen, gelangen in einen Kompensationsfonds, aus dem nach dem d'Hondt'schen Verfahren die 58 Landeslistenplätze verteilt werden und die bei der Verteilung der 152 Plätze der Komitatslisten noch verbliebenen Mandate. Das waren diesmal zwölf (1998 waren es 32). Insgesamt ging es also um die Verteilung von 70 Mandaten.

Der Streit ging nun darum – und war auch Gegenstand der meisten Beschwerden –, ob die Stimmen

derjenigen Kandidaten, die im zweiten Wahlgang zugunsten eines anderen verzichtet hatten, als Kompensationsstimmen mitgezählt werden sollten oder nicht. Eine Negativentscheidung hätte vor allem SZDSZ geschadet, weil deren Kandidaten überwiegend zugunsten des MSZP-Kandidaten im zweiten Wahlgang nicht angetreten waren. Der oberste Gerichtshof hat bis zum 3. Mai 2002 alle Einwände abgelehnt und argumentiert, dass die Ergebnisse des ersten Wahlgangs unberührt bleiben davon, ob der Kandidat im zweiten Wahlgang antritt oder zugunsten eines anderen zurücktritt. Mit dieser Entscheidung war zu rechnen, und so sind die seit dem 22. April 2002 bekannten Ergebnisse nun auch amtlich bestätigt.

Mit Recht wird auch kritisiert, dass die Regierungsparteien offensichtlich mit ihrer Wahlniederlage nicht fertig werden. Der FIDESZ-Fraktionsvorsitzende József Szájer hat nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes angekündigt, dass seine Partei dem neuen Parlament einen mit 50 000 Unterschriften gestützten Antrag vorlegen werde, um eine erneute Auszählung der Stimmen zu erreichen und das Wahlrecht zu ändern. Mit dieser Aktion wolle man Zweifel in der Gesellschaft an dem Wahlergebnis zerstreuen. Dieses Vorgehen wird von den zukünftigen Regierungsparteien scharf kritisiert. Überdies ist der Sinn der Aktion kaum erkennbar, da die neue Mehrheit im Parlament den Antrag ohnehin ablehnen wird und FIDESZ im Ergebnis als schlechter Verlierer dasteht. Hinzu kommt, dass auch MIÉP das Wahlergebnis wegen ihres Scheiterns an der 5 Prozent-Klausel anfecht und sich FIDESZ damit in einer merkwürdigen Koalition der Kritik an einer Wahl befindet, die im Auftrag des amtierenden FIDESZ-Innenministers organisiert wurde und damit die Fähigkeit der eigenen Regierung in Zweifel zieht, für beanstandungsfreie Wahlen zu sorgen.

■ Die neue Regierung

■ Am 15. Mai 2002 findet die konstituierende Sitzung des neugewählten Parlaments statt. Bei dieser Gelegenheit wird Péter Medgyessy zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Am 15. Mai 2002 findet die konstituierende Sitzung des neugewählten Parlaments statt. Bei dieser Gelegenheit wird Péter Medgyessy zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Er hat dann 30 Tage Zeit, sein Kabinett zusammenzustellen, das wahrscheinlich im Juni vor dem Parlament vereidigt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt die Regierung Orbán kommissa-

risch im Amt. Derzeit finden bereits die Koalitionsverhandlungen zwischen MSZP und SZDSZ statt. Es geht zunächst um Sachfragen, die Personalentscheidungen will man anschließend klären. Dennoch sind einige zukünftige Amtsträger bereits bekannt.

Der zukünftige Ministerpräsident Péter Medgyessy ist 1942 in Budapest geboren und entstammt einer siebenbürgischen Adelsfamilie. 1966 legte er an der Wirtschaftsuniversität in Budapest sein Diplom und sein Karl-Marx-Doktorat ab und übernahm anschließend verschiedene Posten im Finanzministerium. Von 1987 bis 1989 war er Finanzminister, von 1988 bis 1990 stellvertretender Ministerpräsident. In die 1989 neugegründete MSZP trat er bis zum heutigen Tage nicht ein, sondern er ging 1990 in die Privatwirtschaft, wurde Generaldirektor der Bank Paribas (bis 1994) und anschließend Generaldirektor der Ungarischen Investitions- und Entwicklungsbank (bis 1996). Von 1996 bis 1998 war er Finanzminister in der Horn-Regierung und danach bis 2001 Vorstandsvorsitzender der Inter-Europa Bank. Medgyessy ist Mitglied der Ratgebenden Versammlung des World Economic Forum von Davos. Obwohl er als Kompromisskandidat des MSZP ins Rennen geschickt wurde, kann man von ihm als Fachmann vor allem in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht eine umsichtige Reformpolitik erwarten, wenn er sich in seinem parteipolitischen Umfeld durchsetzen kann.

Der starke Mann hinter Medgyessy ist der 63-jährige Parteivorsitzende der MSZP László Kovács, der als Außenminister vorgesehen ist. Dieses Amt hatte er auch schon von 1994 bis 1998 inne. Es wird vermutet, dass er sein Parteiamt auf dem Parteitag im Januar 2003 zur Verfügung stellt. Finanzminister wird der 39-jährige Csaba László, ein Technokrat, der schon in der Horn-Regierung zum Staatssekretär avancierte. Justizminister wird der Generalsekretär der Budapester Anwaltskammer Péter Bárándy (53), der einer bekannten Anwaltsfamilie entstammt. Der als Agrarminister vorgesehene 47-jährige Imre Németh gilt als anerkannter Landwirtschaftsexperte. Sozialministerin soll die 62-jährige Judit Csehák werden, die dieses Amt schon einmal zwischen 1987 und 1990 innehat hat. Der 42-jährige Militärexperte Ferenc Juhász wird das Verteidigungsministerium übernehmen. Wirt-

■ **Der zukünftige Ministerpräsident Péter Medgyessy ist 1942 in Budapest geboren und entstammt einer siebenbürgischen Adelsfamilie. 1966 legte er an der Wirtschaftsuniversität in Budapest sein Diplom und sein Karl-Marx-Doktorat ab und übernahm anschließend verschiedene Posten im Finanzministerium.**

schaftsminister könnte der gegenwärtige MSZP-Fraktionsvorsitzende Sándor Nagy (56) werden.

Die Koalitionspartei SZDSZ rechnet mit drei bis vier Ministerien. Kandidaten sind der SZDSZ-Vorsitzende Gábor Kuncze (51) und der frühere Bildungsminister Bálint Magyar (50).

Von den meisten Beobachtern wird nicht in Zweifel gezogen, dass die neue Regierung trotz ihrer geringen Mehrheit von nur zehn Stimmen im Parlament über die gesamte Periode bis 2006 halten wird. Beunruhigung weckt allerdings das Verhalten der bisherigen Regierungsparteien nach den Wahlen. Sollte in Zukunft – wie zwischen den beiden Wahlgängen – das Instrument der Massendemonstrationen neben und gegen die verfassungsmäßige Parlamentsarbeit treten, dann wäre das ein Rückschlag für die Demokratie in Ungarn. Da im Herbst 2002 Kommunalwahlen in Ungarn abgehalten werden, könnte diese nächste Möglichkeit für die unterlegenen Parteien zur Versuchung werden, das erzielte Zusammengehörigkeitsgefühl ihrer Anhänger durch solche Aktionen über die kommenden Monate aufrechtzuerhalten.

■ Anhang

Die Wahlen seit 1990

	1990	1994	1998	2002
MDF	165	38	17	24
SZDSZ	94	70	24	20
FKGP	44	26	48	–
MSZP	33	209	134	178
FIDESZ-MPP	22	20	148	164
KDNP	21	22	–	–
Unabhängige	7	1	1	–
MIÉP	–	–	14	–

Die Wahlen 2002

	1. Wahlgang (Erststimme)		2. Wahlgang	
FIDESZ/MDF	2 217 755	39,4 %	2 168 736	50,0 %
MSZP	2 333 144	41,5 %	2 029 988	46,8 %
SZDSZ	394 928	7,0 %	132 282	3,1 %
MIÉP	257 430	4,6 %	325	0,0 %
Centrum	182 253	3,2 %	5 245	0,1 %
Munkáspárt	108 732	1,9 %	0	-
FKGP	67 401	1,2 %	692	0,0 %

	Komitatslisten (1. Wahlgang, Zweitstimme)	
FIDESZ/MDF	2 306 763	41,07%
MSZP	2 361 997	42,05%
SZDSZ	313 084	5,57%
MIÉP	245 326	4,37%
Centrum	219 029	3,90%
Munkáspárt	121 503	2,16%
FKGP	42 338	0,75%

Das Manuskript wurde am 6. Mai 2002 abgeschlossen